



09.02.2018

Große Risiken im Koalitionsvertrag

Der Wirtschaftsbeirat Bayern zum Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD Präsident Dr. Otto Wiesheu

Der Koalitionsvertrag hat eine nicht titulierte Überschrift, und diese lautet: „Wir gehen davon aus, dass die konjunkturelle Entwicklung während der nächsten vier Jahre so weitergeht wie bisher.“

Ohne eine stabile konjunkturelle Entwicklung wären die Ziele, wie im Koalitionsvertrag definiert bzw. deren Umsetzung gefährdet. Die Finanzvolumina, die hier bewegt werden sollen, hängen von einer optimalen konjunkturellen Entwicklung und zusätzlich fließenden Steuereinnahmen ab. Kommt es zu einem Einbruch, können eine ganze Reihe dieser Ziele im Koalitionsvertrag nur über neue Schulden umgesetzt werden. Die Schwarze Null wäre dann Vergangenheit.

Daher liegt es im Eigeninteresse der Koalition, dass sich die Wirtschaft gut entwickelt und die Voraussetzungen dafür geschaffen werden. Und daran bestehen Zweifel:

1. Als exportorientiertes Land, das von der Globalisierung den größten Nutzen hat und daher auf die internationale Entwicklung achten muss, sollten die Koalitionäre registrieren, was zurzeit bei Steuer- und sonstigen Reformen in anderen Ländern, nicht nur in den USA, gemacht wird. Dazu ist im Koalitionsvertrag wenig zu finden außer dem Bekenntnis zur Globalisierung und zur Vermeidung von Protektionismus.

Der Koalitionsvertrag sieht Investitionsförderungen durch bessere Abschreibungen und direkte Zuschüsse beim Thema Bau vor. Bei den Investitionen der Wirtschaft, die für die Weiterentwicklung, die Stabilisierung und Schaffung von Arbeitsplätzen notwendig sind, sind realisierbare Ansätze kaum vorhanden. Hier gibt es seit Jahren Defizite.

In eine ähnliche Richtung gehen die verstärkten Restriktionen bei der zeitlichen Befristung von Arbeitsverträgen und weiteren Regelungen zum Arbeitsmarkt. Man muss sehr darauf achten, dass die Agenda 2010 nicht bis zur Unkenntlichkeit zurückgeschraubt wird und wir in absehbarer Zeit wieder lähmende Diskussionen haben, wie das in den 1990er Jahren oder Anfang der 2000er der Fall war. Das hat die wirtschaftliche Entwicklung nachhaltig beeinträchtigt. Bei einer erneut notwendigen

Diskussion derartiger Themen und bei einem Auftreten eines neuen Reformbedarfs kann niemand davon ausgehen, dass es wieder eine SPD gibt, die so mutig wäre wie 2003 und 2004, und gemeinsam mit Union und FDP die Reformen der Agenda 2010 und damit der Flexibilisierung im Arbeitsmarkt beschließen würde.

2. Der Koalitionsvertrag enthält große Pakete der Umverteilung. Von der Erwirtschaftung des Bruttoinlandsprodukts ist weniger die Rede. Problem dabei ist, dass der Ausbau des Sozialstaates in der Regel gesetzlich verpflichtend erfolgt und dann unabhängig von konjunkturellen Schwankungen zu finanzieren ist. Die Sozialpakete verlangen eine permanente Finanzierung ohne Rücksicht auf eventuell sinkende Steuereinnahmen.

Beispiel: Die Formulierungen im Koalitionsvertrag, dass die Sozialversicherungsbeiträge unter 40 Prozent bleiben sollen, sind erfreulich. Allerdings: Wenn das nur zulasten des Haushalts erreicht werden kann, ist das problematisch, wie das Beispiel Rente zeigt. Hier ist von einer doppelten Haltelinie, nämlich des Rentenniveaus von 48 Prozent und des Beitragsniveaus von 20 Prozent die Rede. Müssten aufgrund der demografischen Entwicklung diese Linien unter- oder überschritten werden, dann steht das Gesetz dagegen. Die Mehrkosten müssen dann vom Haushalt gedeckt werden, entweder über Neuverschuldung oder über Steuererhöhungen oder über beides. Diese Versprechungen sind zwar zunächst bis 2025 begrenzt. Gesetzliche Festlegungen haben aber eine große Auswirkung auf die weitere politische Diskussion. Und nach 2025 werden dann große Finanzvolumina erforderlich, um derartige Grenzen auch nur annähernd einzuhalten.

3. Das Thema Energie ist in sich bisher nicht schlüssig konzipiert, die weiteren Ausbauziele für die erneuerbaren Energien gehen an der Wirklichkeit vorbei, die Kosten entwickeln sich nicht kalkulierbar. Die beabsichtigte Beseitigung des Deckels beim Ausbau der erneuerbaren Energien hat nur dann Sinn, wenn die Produktion der Energie auf diese Weise völlig dem Markt überlassen wäre. Die Sicherheit der Energieversorgung, ihre Bezahlbarkeit und ihre umweltfreundliche Erzeugung stehen in Frage. Wenn nach einem Ausstieg aus der Kohle in Deutschland die Sicherheit der Energieversorgung nur noch im europäischen Verbund hergestellt werden kann, beziehen wir Kernenergie und Kohlestrom aus dem Ausland. Was dadurch dann ökologisch gewonnen sein soll, hat bisher noch niemand erklärt.
4. Ein besonders riskantes Thema sind die Aussagen zur Weiterentwicklung der Europäischen Union: Sowohl die Bundesregierung wie auch die Abgeordneten des Bundestages müssen streng darauf achten, dass der ESM, der unter das Regime der Europäischen Gemeinschaft kommen soll und der geplante Notfallfonds in seinen Auswirkungen nicht sukzessive zu einer Transferunion und einer Verstärkung der gesamtschuldnerischen Haftung führen. Durch die Entscheidungen der Kommission und des Europäischen Parlaments entsteht für den mitentscheidenden Bundestag eine Situation mit hohem politischen Druck. Dass mit Vertretern der SPD sowohl das Außen- als auch das Finanzministerium besetzt werden, lässt in dieser Hinsicht zudem nichts

Gutes erwarten. Sie tritt ja offen für die Transferunion und die Beseitigung der Schwarzen Null ein. Lt. Schulz ist das „Spardiktat“ für die Staaten der EU beendet.

Der Koalitionsvertrag ist das Eine, die Umsetzung, die Weiterentwicklung der Politik in den nächsten dreieinhalb Jahren das Andere. Sowohl die Unionsmitglieder der Bundesregierung als auch die Abgeordneten des Bundestages müssen strengstens darauf achten, dass Fehlentwicklungen vermieden und vernünftige Impulse gesetzt werden. Das ist eine Aufgabe, die über die Verabschiedung des Koalitionsvertrages und die Bildung der neuen Regierung weit hinausreicht.